

...hinweg einen allgemeinen deutschen Betriebsrat...

Berichte der Kommunisten, Semel und Wotwisky.

In deren Händen während des Märzauflandes die Leitung der aufrührerischen Bewegung in Halle lag...

Durch Unvorsichtigkeit die Munition der Unterrevolution in die Luft geflogen...

Der Blutdurst Eberleins war damit noch nicht gestillt...

Der Bericht Wotwisky bestätigt in allen die Ausführung Semels...

Sollten ihnen die Waffen gewaltiam entzogen werden.

Wotwisky berichtete ferner: „Er (Eberlein) gab den offiziellen Auftrag, das Munitionsdepot in Seesen und einige Stunden darauf, um die Versteigerung glaubhaft zu machen...

Arbeiterchaft einen guten Klang haben, so erhoffte man dadurch ein gutes Instotzen der Empörung...

Als man ihm zu bedenken gab, daß bei der Durchführung des Anschlages am Tage dieses ungefähr 20 Genossen das Leben kosten würde...

Gegen obige Enthüllungen des „Vorwärts“ wendet sich nun die „rote Fahne“ mit der geradezu lächerlich anmutenden Argumentation...

Der Kommunist Merker berichtet:

„Ich gehöre der Bezirksleitung an und war Vp.-Leiter für den Bezirk. Die Ausführungen Wotwisky, die Ausführungen Semels sind meine eigenen Ausführungen...

Montag, den 21. Unseren Auftrag vom militärischen Oberleiter, die Sipo vernichtend zu schlagen...

Schmidt, Vorsitzender der Halle'ser Bezirksleitung, berichtet:

Am 19. März rief uns die Bezirksleitung zusammen. Anwesend waren die Unterbezirksleiter, der Bezirksauschuss und von den größeren Orten die illegalen Leiter.

In dieser Sitzung entwickelte Delsner die augeninnerpolitische Situation, und zwar so: Der große Landarbeiterkreis im Osten wächst sich zum politischen Greuel (was ich hier sage, wird Richter Wort für Wort bestätigen, ebenso Pöhl)...

Am Freitag fand die Sitzung im „Dresdener Hof“ statt, wobei Parole herausgegeben wurde: Provokieren um jeden Preis Stürzt Straßenbahnen um, schmeißt Handgranaten!

Die Ausführungen wurden von Delsner gemacht. Ich habe weiter nichts gesagt als: Ihr habt Delsner gehört, Ihr werdet danach handeln.

Wir sollten mit allen Mitteln versuchen, den Generalstreik zu steigern. Das wurde am dritten Freitag versucht, und zwar mit dem Erfolg, daß die Festung, die wahrscheinlich nicht reingehen wollten, am Mittwoch hineingegangen sind.

Am ersten Freitag spielte sich folgendes ab: Ich stand unten in der Restauration und sprach mit Groß dem Neleken. Neben ihm stand der Genosse Abramowitsch, und Groß sagte zu mir: „Denk bloß an, die Generale existieren nicht mehr, sie sind alle ausgerückt, die Sache ist vollständig hoffnungslos.“

Daß wir belogen worden sind.

Am Dienstag führten wir uns herauf, weil wir sahen, daß die Sachen verpufft waren, Stellung zu nehmen, um den Generalstreik abzublasen.

Am Donnerstag war eine Versammlung. Scholem spricht und ich erfahre, welche miese Nachrichten Scholem mitgebracht hatte, und hörte seine Rede. Er war an dem Tage nicht der Kadaverkompetier wie sonst.

Interessant ist die Auffassung Böllers. Ursprünglich stand er auf dem Standpunkt, man müsse die Straßen- und Staatsbahnen stilllegen, nachher sagte er, daß wäre garnicht wesentlich.

Durch diese Vorgänge haben wir gesehen, daß wir nach allen Regeln der Kunst belogen worden sind, politisch und militärisch. Ueber die militärische Sache habe ich mich mit Absicht nicht geäußert.

Kampf dem Wucher!

Eine der empfindlichsten wirtschaftlichen Erscheinungen, worunter die Arbeiterchaft nicht nur, sondern alle diejenigen leiden, die mit irdischen Gütern nicht allzureichlich gesegnet sind...

Table with 3 columns: Item, Price in March, Price in October. Items include Rindfleisch, Schweinefleisch, Reis, Erbsen, Brot, Kartoffeln, Eibutter, Würfelgucker, Milch.

Mit jedem Hauch entflieht ein Teil des Lebens, Nichts bleibt übrig für das, was du verlierst...

Bodenrecht

Ein Zweifaches.

Singe von Paulus Weiss

Seit der Kriegszeit lebten sie ganz allein als einverneltes Ehepaar in einem stillen Dörfchen. Drei katzenartige Söhne hatten sie...

Seine Frau — Kathrin fragte sie nach dem noch unbeschriebenen Dasein...

genie schenken ihr dieselbe besonders dankbar. — So stand sie ruhig auf und half ihm den schweren Mantel ablegen.

„Ne, nicht gut, und der Eiferer legte sich in jenen Hesel. Pöhl umgab ihn mit noch die christliche Arbeiterbewegung...

Kathrin hatte längst die Vorbereitungen zum Abendessen getroffen. Sie sah ihren Mann in erster Arbeit und wollte ihn nicht sehen...

„Du magst der alte doch herzlich lachen — und die Gemitter-Wölke war fort. Auch Kathrin lachte.“

„Ich verheiß — nicht verheiß — glaub das war's erste. Na gut, gut aber die letzte Part und fertig, na weißt — ist viel, und die grad mei' Pan-Schait.“

„Na Kathrin — und der Eiferer lachte — nicht so schlimm — und er trug einen vollen Jag. Ich verheiß' und ich glaub, begreifen kann ich's auch!“

Was sein, daß du auf dein' Art recht hast! Aber du trinkst keine Hochzeitskaffee wie vor awantig — und der' Sessel will warmgeatmet werde...

Kathrin, fiel er ihr ins Wort, also echten Kaffee und weniger begnügen? — Na — na, das sagst du, hat' doch gesacht — nekt hat' anders von dir gedacht.

Die Zeitung, da per Grimpel, widerleare sie, fünf Mark ein Bierleitar; bist ja toll... tolle Gesicht!

„Ja, ja — wie müde uns aber ebe einchränke, sagte Kathrin, oder das Beste spagiert morgen... durch die Fahr...“

„Donnerwetter ja! Daran hatte er gar nicht gedacht, er war an seiner Weise und fragte sich hinter'm Ohr — dann schätzte er den Kopf und zog die Stirn höher — Donnerwetter die könnte recht haben.“

„Na, Kathrin — wieviel ist's noch? ... Ja, ja so fragt man — und wenn man's weiß...“

„Der alte Eiferer horchte auf...“

„Aber dein Kathrin — nur das nicht! Gewiß — der Kaffee ist gut — und der warme Sessel tut meinen alten Knochen gut...“

„Ja aber — aber... heißt nichts. — Ich bin ein Mann nicht wahr, und der steht heute im Kampf mit eragemeinen Feinden...“

„Sie hob den Kopf und sah ihn groß an; hätte sie das nur denken können.“

„Kathrin mußte ihm recht geben. Und beide tranken denn zur Befriedigung guter Vorläge das zinnerne Kaffeeländchen...“

„Und es war heute wirklich der letzte Bohnenkaffee — aber der alte Eiferer blieb Revolutionsmitglied und hatte an dem Zeitungsborgan seine helle Freude.“

„Kathrin kam so zu der Überzeugung, daß Zeitung und Kaffee eben etwas Zweifaches seien, daß der Geist eher der Stoffkost bedarf als der Weis, und leitet frug sie ihren Mann wie mehr, wieviel Bodenrecht er jetzt begnüge...“

Die Novemberzahlen werden eine weitere Steigerung aufweisen, kostet doch ein Pfund Margarine (Arbeiterbutter) bereits 38.— bis 40.— M. Ein Ende der Preissteigerungen ist bis auf Weiteres nicht abzusehen, wenigstens hat es den Anschein, als ob die Arbeiterkassen noch eine lange Geduldssprobe durchzumachen hätten. Diese Erleichterungen sind nicht neu. Immer hat es Preis-schwankungen gegeben, nur wurden sie nicht so empfindlich fühlbar, wie in der heutigen Zeit. Sie traten auch nicht so plötzlich und sprunghaft auf, und ein Ausgleich zwischen Preis und Lohn lag früher eher im Bereiche der Möglichkeit als heute.

Die Arbeiterkassen stehen in ihren Zentralverbänden denjenigen Faktor, der für einen Ausgleich zwischen Preis und Lohn einzutreten hat. In unzähligen Lohnbewegungen ist das auch geschehen und da, wo über-ratifikale Elemente und Syndikalisten die Arbeit der Gewerkschaften nicht gestört haben, konnte man sich schon Erfolg erzielen. Die Beachtung der gewerkschaftlichen Grundsätze gerade in dieser schwierigen Zeit war noch stets Vorbedingung für eine erfolgreiche Beendigung einer Bewegung. Darüber wird in einem späteren Artikel die Rede sein. Wir werden uns mehr an den Gedanken gewöhnen müssen, daß wir nur mit Lohnbewegungen allein die Verhältnisse nicht meistern werden. In seiner den dritten Jahrgang eröffnenden Broschüre über die Inflationen kennzeichnet bereits der Wirtschaftskritiker Dr. Moritz Giffay die Situation so: „Unter den gegebenen Verhältnissen befinden sich die Arbeitnehmer in der mißlichen Lage eines Kletterers, der an einem endlosen Tau, das über eine Kante läuft, hochaufklimmen versucht.“ Trotz dem werden die Zentralverbände nach wie vor diejenige sein müssen, die durch praktische Gewerkschaftsarbeit die Arbeiterkassen vor der bittersten Not bewahren.

Daneben muß aber mehr als bisher das Liebel an der Wurzel gepackt werden. Wer eine Krankheit erfolgreich heilen will, muß die Ursachen dieser Krankheit wissen und sie beseitigen.

Die Ursache der jetzigen Teuerungswelle zu untersuchen ist ebenso notwendig wie interessant. Sie liegt vor allen Dingen in unserer heutigen Geldentwertung, die wiederum eine Folge des uns aufgezwungenen Friedensvertrages von Versailles, des daran sich anschließenden Londoner Abkommens und des Genfer Schiedspruches über Ober-schlesien ist.

Dazu gesellen sich im Handel unlautere Elemente, die sich zwischen Groß- und Kleinhandel schieben und durch unlautere Geschäftsmethoden aus der Tasche des Volkes ihre eigenen Gewinne machen.

Der Ausverkauf an Ausländer verhärtet die Situation noch ganz bedeutend, führte doch der jetzige Reichswirtschaftsminister Schmidt vor kurzem aus, „daß im Monat September 121 000 Personen über die dänische Grenze gekommen seien, um einzukaufen. Die Zahl der Holländer, Schweizer und sogar Amerikaner dürfte diese Zahl noch bei weitem übersteigen, so daß wir mit unseren knappen Lebensmitteln noch eine ganze Anzahl Ausländer zu ernähren haben.“ Und das alles wegen des niedrigen Standes unseres Geldes.

Angstläufe im Inlande (Hamsteres), die nur von denjenigen getätigt werden können, die wirklich Geld dafür haben, machen das Durcheinander noch größer. Diese gefahrengeleiteten Ursachen der Teuerung können durch Lohnbewegungen niemals beseitigt, wohl aber ihre Folgen gemildert werden, sie liegen im materialistischen Geiste der Jetztzeit verankert. Es müßte also erst einmal der Gedanke der alten christlich-sittlichen Lebensauffassung, welche jedem Einzelnen die Verantwortung für das Leben des anderen aufzwingt, bei jedem einzelnen Volksgenossen Wurzel fassen und zur Durchführung kommen. Vorläufig scheint es damit aber noch lange Weile zu haben.

Soweit eine Bekämpfung der Teuerungsbursachen in Frage kommt, liegen sie vor allem in einer Revision des Friedensvertrages. Reichswirtschaftsminister Schmidt führte in einer Versammlung in Berlin am 27. November folgendes aus:

„Die Ausbringung der ersten Goldmilliarde nach dem Londoner Ultimatum hat zu der ungeheuren Entwertung der deutschen Mark geführt, und deshalb ist das Londoner Ultimatum hauptsächlich Schuld an der Teuerung.“

Wenn das der Fall ist, muß auf eine baldige Aenderung des Friedensvertrages hingewirkt werden. Für die Beseitigung der sonst noch geltend gemachten Ursachen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund nach gewerkschaftlichen Grundsätzen fortgesetzt gewirkt. In einem Schreiben unter dem 11. Oktober an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wendet er sich gegen die übermäßig hohen Kartoffel-preise. Unter dem 27. Oktober wird in einem Schreiben beim Ernährungsminister Einspruch gegen die Verteuerung der Margarine erhoben. Wenn diese Aktionen Erfolg haben sollen, müssen unsere Mitglieder im Lande dieses Vorgehen unterstützen und versuchen, durch Maßnahmen der einzelnen Gemeinden die Teuerungsbursachen zu beseitigen. An Maßnahmen, die die regierenden Stellen bis jetzt ergriffen haben, seien folgende erwähnt:

Der preussische Justizminister hat unter dem 10. November an sämtliche Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte eine Verfügung ergehen lassen, in der auf einen Hundertteil des preussischen Staatskommissars Bezug genommen wird. Der Justizminister ordnet an, daß, soweit nach dem Hundertteil ein Ein-treiben der Staatsanwaltschaft wegen Preis-treiberi in Frage kommt, zu einem energischen und schnellen Vorgehen im Interesse des wirtschaftlichen Friedens und zur rückhaltlosen Unterbrechung spekulativer Auswüchse geschritten werden muß.

Das Reichskabinett beschäftigte sich nach einer Mitteilung des „Düsseldorfer Tageblatt“ vom 28. Nov. mit den zu ergreifenden Maßnahmen gegen den Wucher. Es sei, so heißt es in dem Bericht, der Umbau der bestehenden Preisprüfungsstellen beabsichtigt. Diese sollen durch Institutionen abgelöst werden, in denen den Konsumenten eine härtere Mitwirkung gesichert werden soll als bisher. Auch sollen diese Institutionen im Zusammenhang mit den Polizeiorganen größere Exekutivgewalt erhalten.

Erinnert sei noch an das Wuchergesetz vom Dezember 1920, das durch einen Erlass des preussischen Ministers des Innern vom 23. November 1921 wieder zur Geltung kommt. In dem Erlass des Ministers gegen den Wucher wird ausgeführt, daß die Beamten der Schutzpolizei mit bestimmten Weisungen zur Feststellung offenkundiger Wuchersfälle zu versehen seien und des weiteren zweckmäßige Verordnungen fassen können, wenn es sich um die Erfassung von Warenbeständen handelt, die bei Freigabe oder Händlern in der Absicht der Preis-Steigerungen zurückgehalten werden. Die mit Ermittlung in Ladengeschäften beauftragten Beamten sollen allerdings in möglichst unauffälliger Weise einschreiten, so daß jede Aufregung des Publikums gegen die Ladeninhaber durch die polizeilichen Maßnahmen selbst vermieden wird, andererseits aber mit der nötigen Bestimmtheit gegenüber dem Inhaber vor-gehen, sobald eine völlige Klarstellung der Verhältnisse seiner Einkaufspreise zu den geforderten Verkaufspreisen erreicht wird. Falls die Einkaufspreise der Klein-händler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittlungen mit größter Beschleunigung zum Ab-schluss zu bringen und die Schuldigen alsbald der Staats-anwaltschaft zuzuführen.

Das Verfahren ist neben dem Kleinhändler auch gegen die Vorbesitzer der Waren bis zum Er-zeuger oder Importeur zu erstrecken. Bei diesen weitergehenden Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und der alsbaldigen Verwendung zuzuführen.

Es handelt sich in den oben angeführten Mitteln größtenteils um die Bekämpfung des Wuchers und un-lauterer Geschäftsgewinne, die geeignet sind, durch Un-ruhren unser Volks- und Staatsleben zu gefährden. Preis-schwankungen, die durch außenpolitische Ereignisse eintreten sein. Für die Abschwächung ihrer Folgen haben die Zentralgewerkschaften durch eine geschickte Lohn- und Tarifpolitik einzutreten. Diese Arbeit muß sich, wie schon oben ausgeführt worden ist, nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen vollziehen und darf durch radikale und syndikalistische Maßnahmen nicht gestört werden. Nur unter diesen Bedingungen können die Härten der wirt-schaftlichen Erscheinungen für die Arbeiterschaft gemildert werden.

F. M.

Allgemeine Rundschau.

Maßnahmen gegen den Wucher.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an den Herrn Reichszentralrat, den Herrn Reichsjustizminister, das Reichsministerium des Innern, das Reichswirtschafts-ministerium und die Regierung der Länder folgende Ein-gabe gerichtet:

Es ist bekannt, daß eine Welle der Teuerung und zugleich auch des höchstwertigen Wuchers durch die deutschen Lande geht. Dieser Wucher wird nicht nur mit den Nahrungs- und Genussmitteln, sondern vornehmlich auch mit Bekleidungsstoffen aller Art betrieben. Der zweite Ausverkauf Deutschlands hat begonnen; die dadurch zum Teil hervorgerufene Knappheit vieler lebens-notwendigen Waren hat erneut den Kettenhandel belebt. In Verordnungen und Gesetzen gegen Ketten-handel, Preistreiberi und Wucher fehlt es uns nicht. Im Gegenteile, es wäre äußerst wünschenswert, wenn

eine größere Vereinheitlichung

der weit über 100 bestehenden Verordnungen und Nebenverordnungen, die an Unübersichtlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, von der Reichsregierung durch-geführt würde. Die Verordnung wegen Verhinderung der Strafen gegen Schleichhandel und Preistreiberi vom 18. Dezember 1920 bildet eine gute Handhabe gegen Wucher, Ketten- und Schleichhandel. Diese Verordnung müßte von den Landesregierungen in schärferer Weise, wie es bisher geschieht, gehandhabt werden. Dazu ist notwendig, daß die Reichsregierung auf die ein-zelnen Länder nachhaltig und mit größter Energie einwirkt, um sie zur Durchführung dieser an und für sich zweckentsprechenden Verordnung anzuhalten.

Bei der Feststellung des Begriffes „Wucher“ darf nicht der jeweilige Marktpreis in Ansatz gebracht werden, sondern

die Herstellungskosten plus angemessener Gewinn.

Wird nicht so verfahren, dann gehen die Preistreiberien ins Endlose weiter, das Reich muß weiter ungezügelt Milliarden an Banknoten in die deutsche Wirtschaft pressen und richtet sich damit finanziell zugrunde. Während sich ein Teil der Staatsangehörigen bereichert, wird der Kreditwürdigkeit des Reiches immer geringer.

Wir schlagen der Reichsregierung außerdem vor, un-gesäumt einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem innerhalb kurzer Frist die Unternehmerkartelle und Preiskonventionen als wirtschaftliche Selbstverwaltungsglieder unter Verstoßnahme

von Arbeitnehmer- und Verbrauchervertretern ausgebaut werden müssen. Diese Unternehmer-kartelle, Syndikate, Trusts, Preis-konventionen tragen ihrer Natur nach in sich die Tendenz, preissteigernd zu wirken. Oft genug wird zu diesem Zwecke das Mittel der künstlichen Produktionsbeschränkung angewandt; oft genug — wir denken an bestimmte Erfahrungen in der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie — sind die Preis-Steigerungen der gesamten Unternehmervereinigungen direkt als Wucher zu bezeichnen und müßten demgemäß verfolgt werden. Aufgabe der Länder wäre es, die großen Sünder auf dem Gebiete der Preistreiberi und des Wuchers zu fassen und an ihnen einige gründliche Exempel zu statuieren, wir sind überzeugt, daß solches Vorgehen Nutzen würde. Damit, daß die Wucherabteilungen der Polizei einzelne kleine und mittlere Händler fassen und bestrafen lassen, ist es nicht getan.

Wir wiederholen, daß wir die bestehenden Gesetze, insbesondere die Verordnung vom Dezember 1920, als durchaus ausreichend ansehen, sofern sie von den Ländern rücksichtslos angewandt werden. Es muß Aufgabe der Reichsregierung sein, diesen Zustand zu erreichen.

Die Regelung der Kartoffelpreise.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an das Reichs-ernährungsministerium die folgende Eingabe gerichtet:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund nimmt davon Kennt-nis, daß nach dem Ergebnis der Beratungen vom 27. No-vember die Länder vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft veranlaßt werden sollen, regional unter Mitwirkung der Erzeuger und Verbraucher einen Kar-toffelpreis zu ermitteln, der besonders auch den Strafverfolgungsbehörden gegenüber als angemessen zu gelten hat. Wir begrüßen diese Maßnahme, trotzdem sie spät, sehr spät kommt. Unendlich viel Verärgerung und Erbitterung wäre nicht entstanden, wenn unsere In-haltlich gleichen Vorschläge vom 13. Oktober dieses Jahres sofort beachtet worden wären. Wir billigen, daß der bezüglich zu vereinbarenden Preis einen angemessenen Erzeugergewinn einschließ-lich und darüber hinaus die Preise für die zur nächstjährigen Ernte erforderlichen Betriebsmittel vorfristig veranschlagt. Nicht unterlassen möchten wir jedoch, auch schriftlich noch nachdrücklich zu betonen, daß die Festsetzung des an-gemessenen Erzeugerpreises unter dem Gesichtspunkt ertraglicher Kleinhandelspreise erfolgen muß. Noch mehr als uns wird dem Ministerium bekannt sein, welche geradezu vergiftend wirkende Mißstimmung

Die gegenwärtigen Kleinhandelskartoffelpreise

bei den lediglich auf Gehalt oder Lohn angewiesenen Arbeitern, Angestellten und Beamten, und darüber hinaus auf den allergrößten Teil der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Deutschlands auslöst.

Der gegenwärtige Berliner Kleinhandelspreis von 1,20 M. pro Pfund muß als Wucher empfunden werden und keine Beweisführung wird imstande sein, ihn als aus den Herstellungskosten sich ergebend zu er-läutern. Darum müssen die nunmehr einsetzenden Ver-handlungen über den angemessenen Erzeugerpreis so geführt werden, daß es möglich ist, zu einem

Kleinhandelspreis von höchstens 80 Mark

zu gelangen. Es muß Aufgabe der Staatsregierung sein, bei diesen Beratungen die Interessen der städtischen Be-völkerung besonders zu vertreten und auch die politische Seite der Frage, auf die in den Verhandlungen im Ministerium mit größtem Nachdruck schon hingewiesen ist, entsprechend zu beleuchten. Gegenüber der in die Ge-schickung getretenen Kurzsichtigkeit weitest Erzeugerpreise, die nur ihren eigenen augenblicklichen Nutzen zu sehen vermögen, muß die Staatsregierung den großen Gesichtspunkt des allgemeinen Wohles, der sich durchaus mit den wohlverstandenen Interessen der Landwirtschaft deckt, notfalls mit äußerster Rücksichtslosigkeit vertretend.

Es wird nicht genügen, allein die Erzeugerpreise einer Kontrolle zu unterziehen. Nachzuprüfen ist unseres Erachtens auch, ob unnötige Verwertung sich auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher eingeschaltet hat. Der Begriff des angemessenen, also des nicht übermäßigen Nutzens, muß natürlich auch dem Handel gegenüber gelten. Wir würden es begrüßen, wenn das Ministerium auch dieser Frage seine Aufmerksamkeit zuwenden würde. Bei einem derart unentbehrlichen Volksernährungsmittel ver-langen wir, daß von allen Seiten

nur mit bescheidenem Gewinn gearbeitet wird.

Mit Sorge hat uns die Beobachtung erfüllt, daß die gebotene Schnelligkeit durch Hemmungen scheitern könnte, die aus Justizdingen sich ergeben scheinen. Es würde vom Volke nicht verstanden werden, wenn die ohnehin fast zu spät einsetzenden Maßnahmen auch nach derartigen Verhaltungen zögerlich müßten. Dringend bitten wir, ressortpolitische Gesichtspunkte mit aller Energie von vornherein auszuhalten.

Was Gierschieber verdienen.

Der Tagesprose entnehmen wir folgende Mitteilung: Ein Herr aus dem Industriegebiet hat bekanntlich sich auf der Rückreise von Bielefeld, als er feilhielt, daß in dem Zug ein Güterwagen mit Zollverstoß von Bielefeld nach Kaldenkirchen, also von der polnischen nach der holländischen Grenze lief. Der Güterwagen enthielt 200 000 Eier, von Polen nach Holland bestimmt. Nach Deutschland hat Polen die Eierausfuhr verboten. Ein Ei hat in Polen 25 polnische Mark, das sind bei dem Stande der polnischen Wäute 37,5 deutsche Reichsmark. Die Bahnfracht Bielefeld-Kaldenkirchen kostet 1600 M., macht auf das Ei 12,5 Bfg. Within stellen sich die Kosten des polnischen Eies an den ...

Grenze auf 37,5 + 12,5 = 50 deutsche Reichspfennige. Der Empfänger in Holland soll ein „Holländer“ sein. Wer es glaubt! Wir werten, es ist ein deutscher Schieber. Sind die polnischen Eier eben über die Grenze nach Holland gelangt, so dürfen sie sich nun in „holländische“ Eier verwandeln, die ohne Unladung in demselben Wagen wieder nach Deutschland gehen. Denn der Zweck der Uebersiedlung ist der, daß das Ei auf dem kurzen Weg von der holländischen Grenze zum Beispiel nach dem Industriegebiet einen Preis von 2,20 M. erreicht. Nach den letzten Notierungen kosteten nämlich 1000 Stück im Großvertrieb auf dem westdeutschen Markte 2150 M. bis 2250 M. oder durchschnittlich 2200 M. Nach Abzug der Kosten aber sind an der ganzen Schiebung 280 000 M. verdient worden. Selbstverständlich wandert dieses deutsche Geld nach Holland, wo es dem Zugriff unserer Steuerbehörden entzogen ist. Dieser tieine Auschnitt aus dem heutigen sogenannten Wirtschaftskreis (richtiger: Schiebungskreis) Europas spricht Bände und bedarf keines weiteren Kommentars.

Aus unserer Industrie.

Für eine Erzeugung feiner Merinowolle.

Die deutschen Wollfabrikantenverbände richten an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Wunsch, der Regierung der Wolle Einhalt zu tun. Die frühere Erzeugung feiner Merinowollen gebe in Deutschland stark zurück, da ein auf Fleck gezüchteter Schaf weniger und gröbere Wolle trage, als ein hager, gehaltenes und auf seine Wolle gezüchtetes. Die deutsche Wollverarbeitung ist für die Herstellung einer ganzen Anzahl Waren auf feinste Wolle, vor allem also Merinos, angewiesen, welche sie, wenn sie nicht im Inlande zu haben ist, unter Ueberwuchern der Heranzucht grüßerer Tiere, nichtwollen könnte diese zu vermindertem Abiaz der deutschen Wollindustrie im Inlande führen. Das Ausland ist für diese Wolle umso weniger annehmbar, als es mit diesen Beschaffenheiten von Australien, Neuseeland, Südamerika usw. überflutet wird. (Frankf. Ztg. vom 19. Nov.)

Phantastiepreise für Seide.

In der deutschen Seidenindustrie hat der Preis eine so märchenhafte Höhe erreicht, daß für bestimmte Sorten Rohseide Notierungen von 5000,- M. und mehr pro Kilogramm gefragt werden. Es ist dem Fabrikanten in der mehr möglichen, einen regelrechten Verkaufspreis in Markt für seine Erzeugnisse anzustellen. Das Bestellgeschäft war deutschseits seit Wochen fast gänzlich lahmgelegt, da eine Verkaufssperre die andere ablöste. Das Auslandsgeschäft ist klein geblieben. Die deutschen Fabrikanten verkaufen dorthin nur in fremden Devisen. Die deutschen Unternehmer müssen die fremden Devisen unbedeutend haben, da sie für die Mark keine Rohmaterialien mehr beschaffen können. Deutsche Uebersetzer bieten den Seidenfabrikanten an, die Verkaufspreise in Gulden, Pfund Sterling u. zu stellen, um sich auf diese Weise die Lieferung der im Auftrag gegebenen Stoffe, welche durchweg einen mehrmonatigen Termin erfordern, zu sichern. Die gelante deutsche Seidenindustrie ist noch für drei bis vier Monate mit der Erledigung der Bestellungen aus den Sommermonaten voll beschäftigt, da sich für diese Zeit die Fabrikanten mit Rohstoffen eindecken. (Textilwoche vom 18. Nov.)

In Ansehung der Seidenpreise noch immer rückwärts in die Höhe. Für schwere Ware werden Preise gezahlt von 1 100,- bis 1 200,- M. für das Meter. Für 300,- M. bestimmen die Anfangspreise. Die Kundenschaft der Großhändler zahlt jeden Preis, wenn sie nur Ware bekommt. (Frankf. Ztg. vom 19. Nov.)

Ein zehmonatlicher Winterstreik.

In Fürstentum geht zur Zeit ein Winterstreik zu Ende, dessen zeitliche Ausdehnung wohl ziemlich konstant geblieben. Es handelt sich um die Arbeiter, die seit zehn Monaten im Auslande sind. Da man immer noch trotz langwieriger Verhandlungen nicht zur Einigung kommen konnte, hatten die Arbeiter in der Zwischenzeit, andere Arbeiter anzubilden und die Produktion schließlich bis zu 30 Prozent ihrer Normalleistung gebracht. Sogar in Europa wurden Arbeiter gesucht. Die ursprünglichen Arbeiter indessen hatten zum Teil in anderen Betrieben Unterkunft gefunden, wodurch den Verbänden finanziell die Aufrechterhaltung des Streikzustandes ermöglicht wurde. Man hat sich jetzt schließlich geeinigt, von den beabsichtigten Lohnherabsetzungen abzusehen und die Lohnsätze von 1919 bestehen zu lassen. Den Arbeitern wurde zugesagt, ihnen soziet als möglich ihre früheren Stellen einzunehmen, während andererseits die Seite sich damit einverstanden erklärten, daß solche Arbeiter, die bereits vor Ubruch des Streiks in den Betrieben arbeiteten und während des Streiks weiter beschäftigt wurden, in den Betrieben bleiben dürfen. (Wolltextil vom 21. Nov.)

Aus unserer Bewegung.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Das der Frau, Selbstbildungs-Ausschuß in Substanz. In der Frau haben wir einen Verbund für Fortbildung, der in der letzten Zeit sehr viel Fortschritt gemacht. Ein Streik hat diese Verbände der Selbstbildungsarbeit für Zuschüsse. Darf ich...

einen Arbeitsplan aufstellt, durch welchen der Selbstbildung in den besten Weise Rechnung getragen wird. Der Arbeitsplan enthält Vorträge über Deutschkunde, Geschichte, Völkerverständigung, Naturkunde, Sozialwissenschaft, Fabrikgeschichte, U. V. a. m. Die Vorträge werden durch die deutschen Arbeiter und das Betriebsrat gegeben. Man sollte nun meinen, daß insbesondere die Arbeiter, Angestellten und Beamten von dieser Gelegenheit zur Selbstbildung weitgehend Gebrauch machen würden. Denn an sie ist doch in erster Linie gedacht bei dieser Selbstbildung. Weit gefehlt! Es ist einmüchtig beklammert, in wie geringe Anzahl die Arbeitnehmererschaft sich an dieser Selbstbildungsarbeit beteiligt. Von den christlich organisierten Arbeitnehmern verhalten wir, daß sie möglichst teilnehmen. Jeder Ortsgruppenvorsitzende muß im Besitze eines Arbeitsplanes sein und in jeder Versammlung darauf hinweisen. Erit kann der Arbeitsplan vom Betriebsrat angeordnet werden. Wir machen des ferneren auf die Selbstbildungsarbeit des Betriebsrat aufmerksam. In Münchenheim aufnahm. Die in diesem Stadteil wohnenden Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen sich auch an diesen gediegenen Selbstbildungsveranstaltungen beteiligen. Wenn man mit so viel gutem Willen und so viel Opfern der Selbstbildung zu dienen sucht, dann muß die Arbeitnehmererschaft auch dafür entsprechendes Verständnis bekunden.

Christlichen. Preisauflage - Lohnherabsetzungen werden in unserer heutigen für den Arbeiter in unserer Notlage ab. Am Fuß und Bettlage verarmten wir unsere Mitglieder, um ihnen Bericht zu erstatten über das soeben getätigte Lohnabkommen. Als Vorsitzender der Kollege Saurer aus Duren anwesend, der einleitend betonte, daß der diesmalige Tarif im Gegensatz zur früheren Gewohnheit in einer einzigen Versammlung zum Abschluß gelangte. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, auch ihren Verband bei demnächstiger Beitragsershöhung zu unterstützen, schloß Kollege Saurer seinen eindrucksvollen Bericht. In der anschließenden, die sich sehr lebhaft gestaltete, gingen die Kollegen auf die wichtigsten Punkte des Vertrages ein und verlangten Änderungen oder Abänderung etwaiger Mängel in dem Text. Unter Vorsitz der Kollege Zey bewährte sich in einer längeren Diskussionsrede noch mit der Zustimmung der Genossen.

Katzen. Verantwortungliche Streikfall. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der beiden Gewerkschaften traten zusammen in eine Lohnbewegung, um der Forderung entsprechend höhere Löhne und vor allen Dingen einen Vorkurs zu erreichen. Zu diesem Zwecke wurde von den beiden Gewerkschaften ein Lohnstopp ausgearbeitet und derselbe den Fabrikanten zugestellt. Die Arbeitgeber beantragten die Eingabe oder in ablehnendem Sinne und es sollte vorerst die Einlage vor dem Schlichtungsausschuß stattfinden. Die „Freien“ warteten aber nicht bis zum 5. Oktober, sondern traten schon Montag früh, den 3. Oktober, bei einer Firma, wo sie die überwiegende Mehrheit besitzen, in den Streik, ohne uns vorher in Kenntnis zu setzen. Montag abends wurde in einem zweiten Betriebe, in welchem sie ebenfalls die Mehrheit besitzen, der Streik proklamiert. Dienstag sollte in zwei weiteren Betrieben, in denen wir die Mehrheit haben, gestreikt werden. Die Belegschaft der beiden ersten Betriebe stimmte für den Streik, die Belegschaft der bei den letzten Betrieben aber gegen den Streik. Nun wurde unserer Streikleitung die Absicht unterrichtet, wir wären den „Freien“ in den Rücken gefallen. Unsere Streikleitung war aber der Ansicht, mit dem Streik bis Mittwoch zu warten, an welchem Tage die Verhandlungen stattfinden sollten, um das Ergebnis abzuwarten. Auf die Verhandlung am 4. Oktober, darauf hin, welche Folgen diese Tarif haben kann, wenn sich die Arbeitgeber von vornherein im Unrecht zeigt. Aber vergebens. Der Streik war bis 26. Oktober. Die rechtliche Klage Böhmisch hatte, bemerkt die Verhandlung am 22. Oktober vor dem Schlichtungsausschuß, wo der Herr Arbeitgeber in scharfen Worten das Verhalten der Arbeiterinnehmer gelobt. Die Streikleitung antwortete, daß der Streik bis Freitag, den 4. Oktober, zu ihren Ohren nach Berlin gerufen um sich Informationen zu holen. Die „Freien“ behaupteten, sie wären den Verhandlungen beigewohnt. Die Verhandlungen endigten mit einer 20-prozentigen Lohnherabsetzung. Die Arbeiterinnehmer sah sich gezwungen, eine 30-prozentige Lohnherabsetzung heranzusetzen. Die Streikleitung ging aber offenbar dahin, was beim Streik unvorstellbar zu werden und an der Ortsgruppe zu zerstreuen, oder wenigstens sehr zu schwächen. Aber das grade Gegenteil trat ein. Durch die geschickte Taktik unserer Streikleitung gewannen wir circa 63 Mitglieder und verloren bis vor dem Streik nur 12. Die „Freien“ machten aber auch Schritte wie betrübte Lohnerder, denen die Falle weggeschoben sind.

Märkten bei der Wahl zum Ausschuss der Ortsgruppen der Arbeiterpartei hat die christliche Gewerkschaft einen Sieg auf der ganzen Linie errungen. Von den zehn Szen im Ausschuss sind ihr acht ausgefallen. Damit haben wir alle vier Szen im Vorstand bekommen. Die Arbeiterinnehmer hat durch die Abstimmung bewiesen, daß sie unsere bisherigen Schritte ihr volles Vertrauen schenkt und deren aufopferungsreiche und jugendliche Tätigkeit zu wärzigen weiß.

Besondere Bekannmachungen.

Die Ortsgruppenverbände und Betriebsmitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß für das Jahr 1921 23 Wochenbeiträge entrichtet werden müssen. Der 53. Wochenbeitrag ist am 31. Dezember 1921 fällig. Mit diesem Tage schließt das 4. Quartal und kommen somit hierfür 14 Wochenbeiträge zur Zahlung. Der 53. Beitragsmarke ist im Mitgliedsbuch in dem unrichtigen Sinne Extrabeitrag, Dezember, einzulegen. Der Vorstand.

Secretariatbezirk Nordbayern-Samborg.
Jeder Samstag nachmittags 5 Uhr in der
Heim in der Boganz des Kollegen Schindler, Bienenstraße 21.

Secretariatbezirk Ettlingen (Unterbaden)
Adressenänderung.

Das Büro der Geschäftsstelle Ettlingen (Unterbaden) (Alb) befindet sich ab 1. Dezember d. J. in Ettlingen, Schillerstraße 5, Samerece. Sprechstunden täglich von 4-6 Uhr nachmittags.

Literaturbesprechung.

10 Prozent Lohnabzug. Abzugsfreie Beträge beim Steuerabzug in Tabellenform, mit Geltung ab 1. November 1921. 4. Auflage. Verlag Felix Mühlgen, Heiligenhaus, Adressen: Postfachkonto Essen 78. 80. 16 S. Preis 2.- M. und 50 Pfennig Porto.

Der Lohnabzug erfährt ab 1. November wiederum eine Änderung, nachdem die Uebertragung der Durchführung des Lohnsteuergesetzes verstrichen ist. Bekanntlich gilt durch das neue Lohnsteuergesetz bei einem steuerbaren Einkommen bis zu 24000 Mark die Einkommensteuer durch den Lohnabzug als getilgt. Jedermann muß daher in seinem eigenen Interesse seine Lohnabzüge kontrollieren, wenn er nicht zu viel Steuer zahlen will. Hier ist ihm die obige Schrift ein wirklich praktischer Ratgeber. Sie enthält alles, was bezgl. des Steuerabzuges wissenswert ist, in klarer und einfacher Form. Auch die Tabellen sind einfach und übersichtlich angeordnet, so daß die Schrift geradezu unentbehrlich ist für jeden Arbeitnehmer oder überhaupt jeden, der mit Lohnabzug zu tun hat. Endlich sind noch Tabellen über die Höhe der zu zahlenden Einkommensteuer sowie über die zu gewährenden Steuerermäßigungen nach endgültiger Veranlagung beigefügt. Der Schrift kann nur weiteste Verbreitung gewünscht werden, zumal sie die einzige auf diesem Gebiete von wirklich praktischem Werte ist, die alle Verordnungen berücksichtigt, und auch die einzige, die in dieser einfachen Form einem jeden die Nachkontrolle über den Steuerabzug ermöglicht.

Versammlungskalender.

St. Sauer. Am Mittwoch, den 14. Dez., abends 7 Uhr, bei Schumacher, Arbeitervereinsammlung.
Vauersfeld i. B. Sonnabend, 14. Januar, abends 6 Uhr im alten eogl. Pfarrhaus, Bergstr., Jahresgeneralversammlung.

In die Hand eines jeden denkenden und vorwärtsstrebenden Kollegen gehört das

Jahrbuch der christl. Gewerkschaften 1922

Durch seinen hervorragenden, ebenso lehrreichen, wie vielfältigen Inhalt wird es zum unentbehrlichen Nachschlage- und Lesebuch für jeden überzeugten christlichen Gewerkschaftler.

Inhalt: Datumzeiger. — Kalendarrum. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920. — Aus der Geschichte unserer Bewegung. — Gewerkschaft und Volkswirtschaft. — Deutschlands Wirtschaftskräfte vor und nach dem Kriege. — Legen des Sozialrechts und der Sozialversicherung. — Verfall der Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitslohn. — Monatskalender für das Jahr 1922. — Der Ausbau der christlichen Gewerkschaftsbewegung. — Anwesenheitszeugnis der christlichen Gewerkschaften. — Wortlaut.

Dauerhafter Einband. Reichlicher Raum für Notizen. Preis nicht über 2,50 M., wahrscheinlich 3,00 M.

Sichere dir schon jetzt ein Jahrbuch und bestelle es durch Empfehlung in eine Liste, die dir demnächst von deinem Vertrauensmann vorgelegt wird! Das Buch erhältst du dann sofort nach Erscheinen.

Erscheinungsort Berlin. S. Nachtrag der Zeitungspreislste für bestelle — hiermit für den Monat Januar 1922

1 Stück „Der Deutsche“

Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft zum Preise von 825 Mark monatlich — und bitte um Versicherung und Einziehung des Bezugsbeitrages durch die Post.

Name: _____
Stand: _____
Wohnort: _____ Postbestellort: _____
Straße und Hausnummer: _____
In das Postamt _____
in _____
Nichtgewünshtes durchstreichen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Tagung des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. — Dynamit-Kommunisten. — Kampf dem Wucher! — Heutige: Ein zweifaches. — Allgemeine Kundschau: Wagnern gegen den Wucher. — Die Regelung der Kartellpreise. — Was Gewerkschafter verdienen. — Aus unserer Zukunft: Für eine Erzeugung feiner Merinowolle. — Phantastiepreise für Seide. — Ein zehmonatlicher Winterstreik. — Aus unserer Bewegung: — Berichte aus den Ortsgruppen. — Aus der Frau. — Gestirne. — Kaiser. — Märchen. — Besondere Bekannmachungen. — Literaturbesprechung. — Versammlungskalender. — Inserate.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Hauptstr. 100, Tauschwitz 23.